



## Entwurf zur Neukonzeption der Spezialisierung für Integrationslehrpersonen Umfrage unter Interessierten

Aufgrund des großen Bedarfs an Integrationslehrpersonen in den deutschen Mittel- und Oberschulen Südtirols, der mit einer Ausbildung nach gesamtstaatlichen Regeln nicht gedeckt werden kann, plant das Deutsche Bildungsressort in Kooperation mit der Freien Universität Bozen einen südtirolspezifischen Ausbildungslehrgang. Dafür liegt nun ein erster Konzeptentwurf vor.

Im Unterschied zur gesamtstaatlichen Regelung sollen zu diesem neuen Ausbildungslehrgang für Integrationslehrpersonen in der Sekundarschule auch Lehrpersonen **ohne Lehrbefähigung aber mit dem nötigen Studientitel für den Zugang zu den Schulranglisten** zugelassen werden.

Diese Personen ohne Lehrbefähigung müssen zusätzlich eine mindestens zweijährige, positiv bewertete Berufserfahrung, vorzugsweise als Integrationslehrperson, in der Mittel- oder Oberschule nachweisen.

Vorgesehen ist ein modulares Ausbildungskonzept, welches insgesamt rund zwei Jahre umfasst und unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen berücksichtigt:

### Modul 1 (20 ECTS)

Propädeutikum (allgemeine Didaktik ...) – für Studierende ohne Lehrbefähigung

### Modul 2 (60 ECTS)

Spezialisierungskurs zur Förderung der Kinder, Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen – für alle Studierenden

### Modul 3 (40 ECTS):

Ausbildung als „Experte/Expertin“ in verschiedenen Sektoren des Inklusionsbereichs (z. B. im Bereich Autismusspektrumsstörung) – für Studierende ohne Lehrbefähigung verpflichtend, für bereits spezialisierte Integrationslehrpersonen als Zusatzqualifikation möglich

Lehrpersonen mit Lehrbefähigung erlangen mit dem Besuch des 2. Moduls die Spezialisierung als Integrationslehrperson für die deutschen Mittel- und Oberschulen in Südtirol.

Für Lehrpersonen ohne Lehrbefähigung, die alle drei Module erfolgreich abgeschlossen haben, wird eine Regelung zur unbefristeten Aufnahme als Integrationslehrperson an einer deutschen Mittel- oder Oberschule in Südtirol geschaffen werden.

Die Arbeit am Konzept und zu den Zugangsvoraussetzungen sind noch nicht abgeschlossen. Mit beeinflusst wird diese Arbeit auch durch die Veränderungen, die derzeit auf Staatsebene in diesem Bereich geplant sind (siehe dazu Gv.D. vom 13. April 2017, Nr. 59).

Diese erste Umfrage soll dazu dienen, die Namen und Anzahl der potenziell Interessierten und deren Zugangsvoraussetzungen zu erheben.

Aufgrund dieser Erhebung und der gesamtstaatlichen Entwicklungen wird die Arbeitsgruppe dann das Konzept verfeinern und den zuständigen Verantwortungsträgern zur Beschlussfassung vorlegen.



Bitte füllen Sie das beiliegende Formular aus und senden es bis

**Sonntag, 15. Oktober 2017**

ab. Es können auch jene Lehrpersonen an der Erhebung teilnehmen, die nicht die vorgesehenen Voraussetzungen mitbringen. Eine Erweiterung der oben genannten Zugangsvoraussetzungen kann aber nicht zugesichert werden.

Wir halten die Gemeldeten über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden.

Mit freundlichen Grüßen

Der Inspektor  
Franz Lemayr